



Gemeindepolizeireglement

Gemeinderatsbeschluss Nr. 850 vom 31. Oktober 2005.

Der Gemeinderat Orpund, gestützt auf

das Polizeigesetz vom 8. Juni 1997 (BGS 551.1)

das Gemeindegesetz vom 16. März 1998 (BSG 170.11)

die Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998 (BSG 170.111)

die Gemeindeordnung vom 22. Juni 2000

beschliesst:

Zweck	Art. 1 Dieses Reglement schafft die notwendigen Rechtsgrundlagen für den gemeindepolizeilichen Bereich.
Zuständigkeit	Art. 2 ¹ Die Gemeindepolizei wird durch den Gemeinderat ausgeübt. ² Der Gemeinderat kann einzelne Befugnisse im Rahmen der Bestimmungen des übergeordneten Rechts anderen Gemeindeorganen übertragen.
Demonstrationen, Versammlungen	Art. 3 ¹ Demonstrationen, Umzüge und Versammlungen auf öffentlichem Grund bedürfen einer Bewilligung der Gemeindepolizei. ² Das Gesuch ist spätestens vier Wochen vor der Veranstaltung unter Angabe von Art, Datum, Zeit und Dauer der Veranstaltung, der ungefähren Anzahl der erwarteten Personen, der dazu benützten Route und der verantwortlichen Person einzureichen. ³ In wichtigen Fällen, insbesondere bei der Ausübung von verfassungsmässigen Rechten, kann die Frist nach Absatz 2 unterschritten werden. ⁴ Wer an einer nicht bewilligten Veranstaltung teilnimmt oder zur Teilnahme auffordert, macht sich strafbar.
Fundbüro	Art. 4 ¹ Gefundene Sachen, die dem Eigentümer nicht direkt zurückerstattet werden können, sind im Fundbüro der Gemeinde abzugeben. ² Kann die rechtmässige Eigentümerin beziehungsweise der rechtmässige Eigentümer nicht festgestellt werden, so können die Fundgegenstände nach Ablauf von einem Jahr von der Gemeinde verwertet werden. Eine frühere Verwertung ist möglich, wenn die Fundsache einen kostspieligen Unterhalt



erfordert oder schnellem Verderben ausgesetzt ist. Der Steigerungserlös tritt an die Stelle der Sache.

³ Der Eigentumserwerb an der Fundsache richtet sich nach den Vorschriften von Artikel 722 ZGB.

Lärm

Art. 5 ¹ Von 20.00 Uhr bis 7.00 Uhr und von 12.00 Uhr bis 13.00 Uhr sind alle lärmigen Arbeiten, lärmiges Verhalten und der Betrieb lärmiger Anlagen und Geräte verboten.

² Der Betrieb von Rasenmähern, Häckslern und anderen lärmintensiven Gartengeräten ist von Montag bis Freitag, ab 20.00 Uhr (am Samstag ab 18.00 Uhr) bis 08.00 Uhr sowie zwischen 12.00 Uhr und 13.30 Uhr verboten. An Sonntagen und an den öffentlichen Feiertagen generell ist der Betrieb von Rasenmähern, Häckslern und anderen lärmintensiven Gartengeräten verboten.

³ Ab 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr sowie zwischen 12.00 Uhr und 13.30 Uhr sind das Musizieren, das Singen, die Tonwiedergabe, Haushaltslärm und ähnliche Tätigkeiten verboten, wenn die Nachbarschaft gestört wird.

⁴ Bei öffentlichen Veranstaltungen ist der Bewilligungsinhaber bzw. die Bewilligungsinhaberin für die Einhaltung der vom Regierungsstatthalter gemachten Auflagen verantwortlich.

⁵ Die Bestimmungen über die Ruhe an öffentlichen Feiertagen bleiben vorbehalten.

Verbrennen von Abfällen

Art. 6 ¹ Trockene natürliche Wald-, Feld- und Gartenabfälle dürfen verbrannt werden, wenn dadurch nur wenig Rauch entsteht.

² Das Verbrennen aller übrigen Abfälle ist verboten.

Feuerwerk

Art. 7 ¹ Ausser am 1. August und an Silvester darf Feuerwerk nach 22.00 Uhr nur mit einer Bewilligung der Gemeindepolizei abgebrannt werden.

² Die Bestimmungen über die Ruhe an öffentlichen Feiertagen bleiben vorbehalten.

Hundehaltung

Art. 8 ¹ Ist ein Hund gefährlich oder aggressiv kann die Gemeindepolizei im Rahmen der Tierschutzgesetzgebung gestützt auf Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a des Polizeigesetzes vom 8. Juni 1997 weitere geeignete Massnahmen anordnen.

² Hundehalterinnen und Hundehalter haben dafür zu sorgen, dass ihre Hunde Gebäudeteile, Gehwege, Park- und Sportanlagen, Spielplätze, fremde Gärten und landwirtschaftliche Kulturen nicht verunreinigen oder beschädigen.



³ Hundekot ist durch die betreffende Halterin beziehungsweise den betreffenden Halter unverzüglich zu beseitigen.

⁴ Der Gemeinderat kann mittels Allgemeinverfügung Orte, Plätze und Strassenzüge bezeichnen, wo Hunde an der Leine zu führen sind (Leinenzwang).

Reiten

Art. 9 Der Gemeinderat kann mittels Allgemeinverfügung das Reiten auf Gemeindestrassen zur Vermeidung von Schäden einschränken.

Tierschutz

Art. 10 Die Gemeindepolizeibehörde kann für die Beurteilung von Missständen in der Tierhaltung externe Fachstellen beiziehen.

Naturschutzgebiet Römerareal

Art. 11 ¹ Für das Naturschutzgebiet Römerareal gelten die Schutzbestimmungen gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 26. Mai 1997.

² Widerhandlungen gegen die Schutzbestimmungen werden gestützt auf das Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz mit Gefängnis oder Busse bestraft.

Reklamen

Art. 12 ¹ Für das Anbringen von bewilligungsfreien temporären Reklamen kann der Gemeinderat mittels Allgemeinverfügung bestimmte Flächen bezeichnen. Diesfalls ist das Anbringen von solchen Reklamen ausserhalb dieser Flächen verboten.

² Wer Reklamen selber vorschriftswidrig anbringt oder wer entsprechende Aufträge erteilt und dabei das vorschriftswidrige Anbringen der Reklamen in Kauf nimmt, macht sich strafbar.

³ Die Gemeinde kann Reklamen auf öffentlichem Grund, die vorschriftswidrig angebracht wurden, auf Kosten der Verursacher entfernen lassen.

Gebrauch des öffentlichen Raums

Art. 12a ¹ Die über den Gemeingebrauch hinausgehende, insbesondere anderen Personen belästigende oder einschüchternde Benützung des öffentlichen Raums ist untersagt und wird nach Artikel 15 dieses Reglements bestraft, sofern dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung massgeblich beeinträchtigt wird.

² Benützungen, die von ihrem Zweck oder ihrer Intensität her nicht mehr der Widmung des öffentlichen Raums entsprechen, wie private, kommerzielle, dem Erwerb dienende oder kulturelle Benützungen, sind bewilligungs- und gebührenpflichtig.

¹ Eingefügt mit GRB vom 15.12.2020



Übernachtung im öffentlichen raum

Art. 13² 1 Auf öffentlichen Grund ist das Übernachten in Fahrzeugen, fahrzeugähnlichen Objekten und Zelten ausserhalb der speziell dafür vorgesehenen Flächen verboten. Zulässig ist das Ruhen in Fahrzeugen zur Wiedererlangung der Fahrfähigkeit.

2 Die Gemeinde kann in begründeten Fällen Ausnahmen bewilligen.

3 Die Bewilligung kann unter dem Vorbehalt erteilt werden, dass für allfällige Ersatzvornahmen (insbesondere Reinigung) Sicherheit geleistet wird.

4 Das Übernachten im Freien auf privaten Grundstücken ist erlaubt, wenn die öffentliche Sicherheit oder die Ruhe und Ordnung nicht gestört oder gefährdet wird.

Fahrzeuge im öffentlichen Raum

Art. 14³ 1 Das Abstellen von Fahrzeugen und Gegenständen im öffentlichen Raum, durch welche öffentliche Arbeiten, der widmungsgemässe Gebrauch oder die rechtmässige Benützung des öffentlichen Grundes eingeschränkt werden, ist verboten.

2 Fahrzeuge oder Gegenstände gemäss Abs. 1 können durch das zuständige Polizeiorgan der Gemeinde weggeschafft werden.

3 Die Eigentümerin oder der Eigentümer, bzw. die Besitzerin oder der Besitzer, bzw. die Halterin oder der Halter oder andere Verfügungsberechtigte haben die Kosten zu tragen, die durch die Vornahme der polizeilichen Massnahmen entstehen. Sie haften solidarisch

4 Der Gemeinderat kann das Parkieren auf öffentlichem Grund mit geeigneten Massnahmen einschränken oder bewirtschaften.⁴

Strafbestimmungen

Art. 15⁵ 1 Wer gegen eine der nachfolgenden Bestimmungen dieses Reglements oder eine gestützt darauf erlassene Allgemeinverfügung verstösst, wird mit einer Busse von bis zu CHF 5'000.00 bestraft.

a Artikel 3 Abs. 4

b Artikel 5 Abs. 1, 2 und 3

c Artikel 6 Abs. 2

d Artikel 7 Abs. 1

e Artikel 8 Abs. 2, 3 und 4

f Artikel 9

g Artikel 12 Abs. 1 und 2

h Artikel 12a Abs. 1

² Geändert und ergänzt mit GRB vom 15.12.2020

³ Geändert und ergänzt mit GRB vom 15.12.2020

⁴ Ehemals Abs. 3, durch GRB vom 15.12.2020 zu Abs. 4 geändert

⁵ Geändert mit GRB vom 15.12.2020



i Artikel 13 Abs. 1

j Artikel 14 Abs. 1

² Die eidgenössischen und kantonalen Strafbestimmungen bleiben vorbehalten.

Aufhebung von Erlassen

Art. 16 Folgende Erlasse werden aufgehoben: Ortschaftspolizeireglement der Einwohnergemeinde Orpund vom 14. Juni 1984

Inkrafttreten

Art. 17 Diese Reglement tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

Orpund, 12.01.2006

GEMEINDERAT ORPUND

Der Präsident:

Die Sekretärin:

sig. R. Schmid

sig. M. Tüscher



Auflagezeugnis

Dieses Reglement hat gemäss den Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 21.06.2000 während 60 Tagen vom 03.11.2005 bis 03.01.2006 in der Gemeindeschreiberei öffentlich aufgelegt. Die Auflage- und Referendumsfrist wurde im Nidauer Anzeiger Nr. 44 vom 03.11.2005 publiziert.

Orpund, 12. Januar 2006/ps

Die Gemeindeschreiberin:

sig. M. Tüscher

Reglementsänderung 15.12.2020

Dieses Reglement hat gemäss den Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 21.06.2000 während 60 Tagen vom 14. Januar 2021 bis 15. März 2021 in der Gemeindeverwaltung öffentlich aufgelegt. Die Auflage- und Referendumsfrist wurde im Nidauer Anzeiger Nr. 1 vom 14. Januar 2021 publiziert.

Die Genehmigung und Inkraftsetzung dieser Reglementsänderung ist im Nidauer Anzeiger Nr. 7 vom 25. März 2021 publiziert worden.

sig. P. Schmutz
Gemeindeschreiber

Orpund, 25. März 2021

Die Genehmigung und Inkraftsetzung dieser Verordnung ist im Nidauer Anzeiger Nr. XX vom DATUM publiziert worden.



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Artikel 1.....Zweck.....	1
Artikel 2.....Zuständigkeit.....	1
Artikel 3.....Demonstrationen, Versammlungen.....	1
Artikel 4.....Fundbüro.....	1
Artikel 5.....Lärm.....	2
Artikel 6.....Verbrennen von Abfällen.....	2
Artikel 7.....Feuerwerk.....	2
Artikel 8.....Hundehaltung.....	2
Artikel 9.....Reiten.....	3
Artikel 10.....Tierschutz.....	3
Artikel 11.....Naturschutzgebiet Römerareal.....	3
Artikel 12.....Reklamen.....	3
Artikel 12a.....Gebrauch des öffentlichen Raums.....	3
Artikel 13.....Übernachtung im öffentlichen Raum.....	4
Artikel 14.....Fahrzeuge im öffentlichen Raum.....	4
Artikel 15.....Strafbestimmungen.....	4
Artikel 16.....Aufhebung von Erlassen.....	5
Artikel 17.....Inkrafttreten.....	5

Änderungen

Datum der Änderung	Erlass	Geänderte Artikel	Inkrafttreten
15.12.2020	Gemeindepolizeireglement	Art. 12a Abs. 1+2 Art. 13 Abs. 1+4 Art. 14 Abs. 1+2+3 Art. 15	01.01.2021